

Berlin, d. 6. 7. 1990

Pressemitteilung zum Verbraucherschutz

Seit dem 1. 7. 1990 verfügt der DDR-Bürger über die DM. Vielfältige, langersehnte Käuferwünsche können jetzt erfüllt werden.

Die letzten Tage zeigen, daß insbesondere in den größeren Städten der Ansturm auf die Geschäfte begann. Der "Kaufrausch" ist jedoch nicht eingetreten. Die Menschen informieren sich über das Angebot und ziehen kritische Preisvergleiche zwischen den einzelnen Waren. Auch wenn in diesen Tagen verschiedentlich das Angebot von preiswerten Waren des täglichen Bedarfs noch nicht den Erwartungen der Verbraucher entspricht und Angebotslücken bestehen, wird künftig aus einem Überangebot von Waren und Leistungen auszuwählen sein. Überall warten die werbewirksam angebotenen und bunt verpackten Dinge des Lebens einschließlich der vielfältigen Reiseangebote und Ausflugsfahrten. Banken, Sparkassen und andere Institutionen bieten vielfältige Möglichkeiten von Kredit- und Abzahlungsgeschäften an.

Für die nächste Zeit sollte der Bürger beim Einkauf jedoch folgende Regeln beachten:

- Der Kunde sollte sich vor jedem Kauf über das Produktangebot der verschiedenen Hersteller und Anbieter informieren, gezielte Qualitäts- und Preisvergleiche anstellen, um dann erst die Kaufentscheidung zu treffen.
- Besonders beim Kauf eines hochwertigen Konsumgutes ist die eigene finanzielle und soziale Lage gründlich in Betracht zu ziehen.
- Die vielfältig angebotenen Kredit- und Abzahlungsmöglichkeiten sind gründlich zu prüfen, damit Benachteiligungen oder eventuelle Verschuldungen vermieden werden.

- Generell ist zu empfehlen, daß das in den ersten Tagen seit der Währungsunion gezeigte kritische Käuferverhalten auch weiterhin beibehalten wird.

Der DDR-Bürger, bisher noch nicht mit "marktwirtschaftlichen Abwehrkörpern" ausgestattet, wird möglicherweise feststellen müssen, daß das gekaufte Produkt doch nicht, wie versprochen, zum "Superpreis" erstanden wurde, die gemachten Aussagen zur Qualität nicht den Tatsachen entsprechen oder das anderswo die Zinsen für den aufgenommenen Kredit niedriger gewesen wären.

Mit diesen Fragen sollen unsere Menschen nicht allein gelassen werden. Aus diesem Grund hat sich am 27. 2. 1990 in der DDR der Verband für Verbraucherschutz konstituiert, der sich als eine verbraucherpolitisch tätige und strikt unabhängige Dachorganisation versteht. Auf kommunaler Ebene haben sich als Bürgerinitiativen Verbraucherschutzzentren gebildet. Ihre Arbeit ist insbesondere auf Information und Beratung der Verbraucher sowie auf die Herausbildung eines neuen bewußten Käuferverhaltens gerichtet. Solche Verbraucherzentren bestehen gegenwärtig in Berlin, Potsdam, Leipzig, Halle, Chemnitz, Dresden, Zwickau, Ilmenau und Rostock. Hier können sich die Bürger z. B. vor einer Kaufentscheidung über die vorhandenen Angebote informieren. Auch bei eventuellen Reklamationen wird Hilfe und Unterstützung gegeben. Wer sich beraten lassen möchte, kann sich vorerst telefonisch an diese Initiativgruppen wenden (Telefonnummern siehe Anlage).

Auch staatlicherseits wurden Voraussetzungen für eine aktive Verbraucherpolitik geschaffen.

Zwischen dem Verband für Verbraucherschutz und dem im Ministerium für Handel und Tourismus geschaffenen Arbeitsbereich Verbraucherpolitik besteht eine enge Zusammenarbeit.

Die Regierung der DDR hat den Minister für Handel und Tourismus beauftragt, im Zusammenwirken mit den zuständigen Fachministerien die notwendigen Gesetze und Regelungen zu erarbeiten, um einen wirksamen Verbraucherschutz zu gewährleisten.